

Erschienen in:

Kaspar, Hanna/Schoen, Harald/Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.), Politik - Wissenschaft - Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009, 159-178.

You must remember this ... Eine Analyse zur Wahrrückerinnerungsfrage

Harald Schoen und Hanna Kaspar

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

1. Einleitung

Fragen nach in der Vergangenheit liegendem Wahlverhalten sind aus dem Werkzeugkasten der empirischen Wahlforschung nicht wegzudenken. Das wohl bekannteste Anwendungsgebiet der Rückerinnerungsfrage sind die sogenannten Wählerwanderungstabellen kommerzieller Wahlforschungsinstitute, die Auskunft darüber geben sollen, wie viele Wahlberechtigte von einer Partei zur anderen oder auch zwischen Wahl und Nichtwahl wechselten (Hilmer/Kunert 2005). Darüber hinaus dient die Rückerinnerungsfrage als Grundlage der sogenannten Recallgewichtung, mit der Ergebnisse von Umfragen nachjustiert werden, um etwa Antwortfehler und selektive Ausfälle zu kompensieren (Noelle-Neumann/Petersen 2005: 293ff.; Roth 2008: 90f.). In der stärker akademisch orientierten Wahlforschung wird dieses Instrument vor allem verwendet, um Veränderungen im Wahlverhalten und deren Ursachen zu erforschen (Kaase 1965; Zelle 1994, 1995; Stöss 1997; Erhardt 1998). Aber auch in Analysen zu anderen politikwissenschaftlichen Fragen kommen Informationen zum Einsatz, die mit der Rückerinnerungsfrage gewonnen wurden (Anderson/Mendes 2005).

Die zahlreichen Anwendungsbeispiele könnten die Schlussfolgerung nahelegen, es handele sich bei der Recallfrage um ein bewährtes Instrument zur Messung in der Vergangenheit liegenden Wahlverhaltens. Gegen diese Sichtweise werden jedoch ernsthafte Einwände vorgebracht. So weist Jürgen W. Falter mit seinen Ko-Autoren (1992: 15) auf zentrale Probleme hin: „(...) Erinnerungen an vergangenes Wahlverhalten können in erheblichem Maße verzerrt sein, sei es, daß der gleiche ‚Lügenfaktor‘, der für die gegenwärtige Falschangabe der Wahlabsicht verantwortlich ist, auch zu fehlerhaften Erinnerungen führt, sei es, daß sich die Erinnerung an früheres politisches Verhalten ganz unbewußt an die gegenwärtigen Präferenzen anpaßt, oder sei es, daß ein Befragter seine Angaben über seine frühere Stimmabgabe frei erfindet, weil er vor dem Interviewer nicht eingestehen will, daß er sich nicht mehr so recht an die Vorwahl erinnern kann“ (siehe auch Falter 1994: 25). Die Vielzahl möglicher Verzerrungsgründe legt es nahe, die Recallfrage nicht ohne weiteres als ein valides Instrument zur Messung früheren Wahlverhaltens zu akzeptieren und die Gültigkeit der damit erhobenen Informationen kritisch zu prüfen (Himmelweit et al. 1978; van der Eijk/Niemöller 1979; Waldahl/Aardal 1982, 2000; Schoen 2000; Falter/Schoen 2000). Erweisen sich die Zweifel an dem Instrument als berechtigt, könnte man auch fragen, ob die darauf gestützten Analysen

zu zutreffenden Schlussfolgerungen führen. Solchen Einwänden ließe sich relativ einfach die Spitze nehmen, wenn Rückerinnerungsfehler bestimmten wiederkehrenden Mustern folgten, wenn etwa immer wieder Personen mit bestimmten Merkmalsausprägungen nach einem festen Schema falsche Angaben machten. In diesem Fall könnten Korrekturverfahren, die auf der Basis von Erfahrungswissen entwickelt wurden, erfolgversprechend wirken. Sollten Rückerinnerungsfehler hingegen nicht derart vorhersehbar auftreten, führen solche Korrekturen nicht zum Ziel. Umso methodenkritischer müsste die Rückerinnerungsfrage eingesetzt werden, und umso sorgfältiger müssten ihre Implikationen für Schlussfolgerungen über politische Urteilsbildung und politisches Verhalten bedacht werden.

Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Beitrag Häufigkeit und Determinanten von Rückerinnerungsfehlern empirisch untersucht. Zunächst geben wir einen kurzen Überblick über die Literatur zu dieser Frage und setzen uns theoretisch mit der Recallproblematik auseinander. Anschließend soll die Wirkung der vorher identifizierten potentiellen Einflussgrößen empirisch untersucht werden. Abschließend werden die zentralen Ergebnisse kurz zusammengefasst und diskutiert.

2. Die Rückerinnerungsfrage in Literatur und Theorie

Angesichts der Vielzahl von Umfragen, in denen früheres Wahlverhalten erhoben wird, kann man den Eindruck gewinnen, die Rückerinnerungsfrage sei ein unproblematisches Instrument. Diese Einschätzung träfe sicherlich dann zu, wenn sich alle Bürger perfekt an die fragliche Wahlentscheidung erinnerten und diese dem Interviewer unverzerrt mitteilten. Diese Beschreibung dürfte jedoch bei weitem nicht auf alle Bürger zutreffen. Vielmehr sind verschiedene Szenarien denkbar, die zu falschen Recallangaben führen.

Zunächst ist an Personen zu denken, die sich nicht bewusst an die Wahlentscheidung erinnern können (Tourangeau et al. 2000: 77-97). In diesem Fall haben Befragte entweder die Möglichkeit, ihre Erinnerungslücken zu Protokoll zu geben, indem sie etwa „weiß nicht“ antworten. Oder aber sie versuchen, ihre zurückliegende Wahlentscheidung zu rekonstruieren. Einige Befragte können sich womöglich noch an die fragliche Wahl und den Wahlkampf erinnern, auch wenn ihnen ihre konkrete Wahlentscheidung nicht mehr präsent ist. In diesem Fall könnten sie versuchen, aus den Eindrücken ihr Votum zu rekonstruieren. Diese Strategie scheint auf den ersten Blick erfolgversprechend, ist jedoch mit mehreren Problemen behaftet. So hilft sie nicht wesentlich weiter, wenn der Befragte divergierende Eindrücke mit der fraglichen Wahl verbindet. Wenn er sich etwa an einen attraktiven Kandidaten der einen Partei erinnert, aber auch daran, dass diese Partei in Sachfragen wenig überzeugend agierte. Darüber hinaus ist an Erinnerungsfehler zu denken. Dies gilt sowohl für Fakten als auch - verstärkt - für Bewertungen und Einschätzungen. Kann sich eine Person beispielsweise an die Kanzlerkandidaten

der Parteien erinnern, ist damit noch nicht gesagt, dass sie genau weiß, wie sie diese bewertete. Vielmehr könnte sie anstelle der damaligen die aktuellen Bewertungen zugrundelegen, wenn sie eine kanzlerorientierte Wahlentscheidung rekonstruiert. Dies würde dann zu fehlerhaften Angaben führen.

Zweitens dürfen wir jene Personen nicht außer acht lassen, die sich an die fragliche Wahl überhaupt nicht erinnern können. Wollen sie auf die Rück Erinnerungsfrage nicht mit einem „weiß nicht“ antworten, können sie ihre momentane Parteipräferenz als kognitive Heuristik verwenden (Kahneman/Tversky 1979; Gigerenzer et al. 1999), um ihre Erinnerungslücke zu schließen. Diese Strategie ist sehr einfach, da sie keinerlei Versuche voraussetzt, sich an eigenes politisches Handeln oder politisches Geschehen zu erinnern. Sie könnte daher auch von Respondenten eingesetzt werden, die sich zwar an das ein oder andere Detail erinnern könnten, sich aber im Interview nicht sonderlich anstrengen wollen. Die momentane Parteipräferenz dient jedoch nicht nur als kognitive Heuristik. Respondenten könnten es auch als so unangenehm empfinden, auf die Rück Erinnerungsfrage eine andere als die momentan präferierte Partei zu nennen, dass sie sich gegen ihre Erinnerung entscheiden und ihre momentane Parteipräferenz angeben. Es ist also nicht auszuschließen, dass auch Personen, die sich an die frühere Stimmabgabe erinnern können, ihre aktuelle Parteipräferenz angeben, um kognitive Dissonanzen zu vermeiden (Festinger 1957).

In einigen Fällen kann der Befragte sogar den Eindruck haben, sich vollständig zu erinnern, jedoch entspricht seine Erinnerung nicht seinem früheren Verhalten. Dies ist etwa dann denkbar, wenn er die Handlung in seinem Gedächtnis falsch abgespeichert hat oder eine zunächst richtig abgespeicherte Information über die Stimmabgabe im Laufe der Zeit infolge von „motivated reasoning“ uminterpretiert wurde (Kunda 1990, Taber/Lodge 2006). Eine subjektiv richtige Erinnerung führt somit zu einer falschen Antwort auf die Recallfrage. Schließlich können fehlerhafte Recallangaben auch aus bewussten Falschangaben resultieren. So könnten Wähler extremer Parteien, wenn sie von einem Interviewer nach ihrem Votum gefragt werden, eine andere Partei angeben als die zuvor gewählte. Eine Ursache dafür könnte soziale Erwünschtheit sein (Kühnel 1998).

Diese Skizze zeigt, wie potentiell fehleranfällig die Rück Erinnerungsfrage ist und dass ihre Validität eine kritische Analyse verdient. Die vorliegende Literatur hat für verschiedene Länder die Vermutung bestätigt, dass ein erheblicher Teil der Befragten auf die Recallfrage unzutreffende Angaben macht. Auch hat sie nachgewiesen, dass unzutreffende Antworten auf die Rück Erinnerungsfrage häufig daraus resultieren, dass Befragte ihre aktuelle Parteipräferenz angeben (Waldahl/Aardal 1982, 2000; Weir 1975; Himmelweit et al. 1978; van der Eijk/Niemöller 1979, 1983; Schoen 2000, 2003). Welche der skizzierten Prozesse bei der Beantwortung von Recallfragen ablaufen, wie häufig also Erinnerungslücken, falsche Rekonstruktionen, Konsistenzbedürfnisse oder bewusste Falschangaben zu unzutreffenden Angaben führen und wie häufig Erinnerungslücken erfolgreich geschlossen wurden, das konnte die Forschung bislang nicht ergründen. Sie hat jedoch versucht, sich dieser Frage zu nähern, indem sie zunächst Determinanten von Recallfehlern untersuchte.

In dieser Diskussion werden eine Reihe unterschiedlicher Faktoren betrachtet, die sich grob kategorisieren lassen. Es werden Merkmale des Befragten, Eigenschaften der in der Vergangenheit liegenden Wahlentscheidung sowie externe Faktoren betrachtet. In die letzte Gruppe gehören Merkmale der Befragung, wie etwa die Länge des Recallintervalls (Himmelweit et al. 1978; van der Eijk/Niemöller 1979), aber auch Systemfaktoren wie die Anzahl der Parteien oder Veränderungen im Parteiensystem über die Zeit (Granberg/Holmberg 1988: 200; van der Eijk/Niemöller 1983: 300-301; Waldahl/Aardal 2000: 381-383). Diese letztgenannten Determinanten können in der vorliegenden Untersuchung, die sich auf nur eine Befragung mit nur einem Recallintervall und weitgehend konstanten Rahmenbedingungen stützt, naturgemäß nicht weiter verfolgt werden. Für die beiden anderen Merkmalskategorien werden wir nun auf die entsprechende Literatur genauer eingehen.

In der Literatur zu den Befragtenmerkmalen gelten das Lebensalter und die formale Bildung als soziodemographische Faktoren der Recallgenauigkeit. Eine hohe formale Bildung begünstige richtige Antworten auf die Rückerinnerungsfrage, da sie mit hohen kognitiven Fähigkeiten verbunden sei (Weir 1975: 55). Mit steigendem Lebensalter nehme die Qualität der Antworten auf die Rückerinnerungsfrage hingegen ab. Dies liege an der nachlassenden Gedächtnisleistung sowie dem wachsenden Konsistenzbedürfnis (Waldahl/Aardal 1982: 103; Juhász 1993: 36-40). Allerdings sind die Befunde zu beiden Merkmalen nicht eindeutig (Waldahl/Aardal 1982). Persönlichkeitseigenschaften gelten ebenfalls als Einflussfaktoren. So scheint Unausgeglichenheit falsche Recallangaben zu begünstigen (Schoen 2009).

Politische Orientierungen finden in der Diskussion weitaus größere Aufmerksamkeit als soziodemographische und Persönlichkeitsmerkmale. Hohes politisches Interesse gilt als ein Faktor, der zutreffende Angaben begünstigt. Dafür wird vor allem ins Feld geführt, dass ein ausgeprägtes politisches Interesse den Bürgern Politik so wichtig erscheinen lässt, dass sie entsprechende Informationen überhaupt in ihrem Langzeitgedächtnis abspeichern und auf diese wieder zugreifen können (Converse 1962: 580; Weir 1975: 58; Powers et al. 1978: 386). Auch eine verinnerlichte Wahlnorm fördere zutreffende Antworten auf die Rückerinnerungsfrage, da sich die empfundene Pflicht nicht nur auf die Teilnahme an der Wahl, sondern auch auf die korrekte Wahrnehmung der politischen Realität erstrecke (Weir 1975: 56). Politisches Wissen gehe ebenfalls mit einer guten Qualität der Antworten auf Rückerinnerungsfragen einher, da sich daran generelle kognitive Fähigkeiten und politikspezifische Kompetenzen widerspiegeln (Schoen 2000). Aber nicht nur mit der objektiven, sondern auch mit der subjektiven politischen Kompetenz wird die Recallgenauigkeit in Verbindung gebracht. Allerdings liegen dazu gegenläufige Argumente vor. Einerseits wird unter Hinweis auf die enge Verknüpfung des politischen Kompetenzgefühls mit politischem Interesse und politischer Kompetenz ein positiver Effekt postuliert. Andererseits lässt sich auch eine negative Wirkung begründen: Ein ausgeprägtes Kompetenzgefühl könne dazu führen, dass Respondenten großen Wert darauf legen, ihre Angaben über frühere politische Einschät-

zungen und Handlungen mit ihren aktuellen Präferenzen in Einklang zu bringen (Weir 1975: 55).

Zur Parteiidentifikation als Bestimmungsgröße der Recallqualität liegen ebenfalls unterschiedliche Argumente vor. Eine Parteibindung geht häufig mit einem erhöhten politischen Interesse einher, weshalb sie die Recallgenauigkeit begünstigen sollte. Gleichzeitig ist eine psychische Parteimitgliedschaft zugleich ein Faktor, der zu parteilichen Verzerrungen der politischen Informationsverarbeitung im Sinne von „motivated reasoning“ – also etwa selektive Speicherung, Uminterpretation oder Erinnerung – führen kann (Lodge/Taber 2005; Taber/Lodge 2006). Die Wirkung dieser Effekte auf die Richtigkeit der Rückereinerungsantwort hängt wesentlich davon ab, ob sich der Respondent zum Zeitpunkt der Rückereinerungsfrage mit derselben Partei identifiziert wie bei der fraglichen Wahlentscheidung in der Vergangenheit. Hat er damals im Sinne seiner aktuellen Parteiloyalität gestimmt, tragen etwaige Verzerrungseffekte der Parteiidentifikation eher zu einer Verbesserung als zu einer Verschlechterung der Recallqualität bei. Hat er hingegen die Parteiloyalität gewechselt oder bei der fraglichen Wahl nicht im Einklang mit seiner langfristigen Parteibindung votiert, ist mit negativen Effekten auf die Antwortqualität zu rechnen (Weir 1975; Waldahl/Aardal 1982).

In der Forschung zu den Charakteristika des Wahlverhaltens selbst als Einflussfaktoren auf die Recallgenauigkeit spielt die Stabilität des Wahlverhaltens eine wichtige Rolle. Wechselndes Wahlverhalten trägt zu höheren Fehlerraten bei den Recallangaben bei (van der Eijk/Niemöller 1979, 1983: 122-128; Waldahl/Aardal 1982, 2000; Schoen 2000). Dies deutet darauf hin, dass einige Befragte die aktuelle Parteipräferenz als kognitive Heuristik verwenden oder sie aus Konsistenzgründen anstelle des früheren Wahlverhaltens angeben. Auch scheinen Bürger, die unregelmäßig an Wahlen teilnehmen, bei Rückereinerungsfragen häufiger Fehler zu machen als regelmäßige Wähler (van der Eijk/Niemöller 1979; Waldahl/Aardal 1982, 2000). Dies wird unter anderem damit erklärt, dass diese Personen bei einer Recallfrage nicht nur zu entscheiden hätten, für wen sie gestimmt haben, sondern auch, ob sie überhaupt eine Stimme abgegeben haben. Darüber hinaus sorgen Effekte der sozialen Erwünschtheit für Falschangaben von Nichtwählern. Schließlich scheinen Unsicherheit, Zweifel und Zögern bei der Wahlentscheidung, auf welche die Rückereinerungsfrage abzielt, Recallfehler zu begünstigen (van der Eijk/Niemöller 1979, 1983: 123-128). Dieser empirische Befund lässt sich zum einen als Indiz dafür deuten, dass eine schwache Involvierung in die Wahlentscheidung die Erinnerung daran schwächt. Zum anderen könnten die Resultate als Beleg dafür gelesen werden, dass Personen beim Versuch, ihr früheres Wahlverhalten aus Eindrücken zu rekonstruieren, weniger erfolgreich sind, wenn ihre Eindrücke nicht parteipolitisch konsistent sind.

Das Argument, Charakteristika des Wahlverhaltens beeinflussten die Recallgenauigkeit, lässt sich in Deutschland um eine Facette erweitern. Bei Bundestagswahlen können Bürgern zwei Stimmen abgeben. Entscheiden sie sich mit Erst- und Zweitstimme für die gleiche Partei, sollte dies für die Aufgabe, die Rückereiner-

rungsfrage zutreffend zu beantworten, ohne Bedeutung sein. Entscheiden sie sich jedoch dafür, ihre Stimmen zu splitten, wird diese Aufgabe deutlich schwieriger. Selbst wenn sie sich daran erinnern können, für zwei bestimmte Parteien votiert zu haben, ist nicht gesichert, dass sie die Parteien den Stimmen richtig zuordnen. Versuchen sie, aus ihren Bewertungen und Eindrücken ihre Wahlentscheidung zu rekonstruieren, stehen sie vor einem Problem: Einem gesplitteten Votum dürften Überlegungen vorausgegangen sein, in denen Argumente für zumindest zwei Parteien eine Rolle gespielt haben. Dieses Problem verschärft sich, wenn die Befragten Probleme haben, Erst- und Zweitstimme auseinanderzuhalten. Während in einem Einstimmensystem die aktuelle Parteipräferenz als kognitive Heuristik bei stabil wählenden Personen Erinnerungslücken vollständig kaschieren kann, könnte eine Verwechslung der beiden Stimmen den Erfolg dieser Strategie selbst unter diesen günstigen Voraussetzungen vereiteln. Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Annahme, dass Personen, die bei einer Wahl von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch machen, bei einer Wiederbefragung die Recallfrage häufiger falsch beantworten als Wahlberechtigte, die sich mit beiden Stimmen für die gleiche Partei entscheiden.

Im Folgenden werden wir – soweit es das uns vorliegende Datenmaterial erlaubt – die Wirkung der aus der Literatur bekannten Determinanten untersuchen. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob das Stimmensplitting neben den traditionellen Faktoren, die Wahrscheinlichkeit falscher Antworten auf die Rückerinnerungsfrage beeinflusst.

3. Daten und Methoden

Für unsere Analysen greifen wir auf Daten aus einer Wiederholungsbefragung zur Bundestagswahl 2005 zurück. In der Zeit vom 23. September bis zum 13. Oktober 2005 wurden im Rahmen des Projekts „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ (Primärforscher: Steffen M. Kühnel, Oskar Niedermayer, Bettina Westle) 2540 Wahlberechtigte mit der CAPI-Methode befragt. In der Mitte der Legislaturperiode wurde versucht, die Respondenten, von denen eine Telefonnummer ermittelt werden konnte, erneut telefonisch zu interviewen. Die Telefonbefragung fand in zwei zeitlichen Abschnitten, nämlich zwischen dem 11. November und dem 13. Dezember 2007 bzw. dem 28. April und dem 24. Juli 2008, statt. In 722 Fällen kam ein Interview zustande, was einer Wiederbefragungsrate von 28 Prozent entspricht. 99 Personen wurden aufgrund erheblicher Diskrepanzen in ihren Angaben zu Geburtsjahr und -monat zwischen beiden Erhebungswellen aus der Analyse

ausgeschlossen.¹ Die Befragten der zweiten Welle unterscheiden sich – wie häufig in Wiederholungsbefragungen zu politischen Themen – deutlich von den Respondenten der ersten Welle, die nicht für ein zweites Interview gewonnen werden konnten (vgl. Hansen 1982; Kalton et al. 1989; Couper 1997; Kaspar 2009). Im vorliegenden Fall sind sie politisch interessierter und informierter, unter ihnen finden sich mehr Parteianhänger, und sie stehen Parteien und Politiker weniger skeptisch gegenüber als die Personen, die nur 2005 interviewt werden konnten.²

Die abhängige Variable in unseren Analysen ist die Korrektheit der Recallangabe. Diese messen wir, indem wir die im Interview 2005 berichtete Wahlentscheidung³ mit der Antwort auf die Rückereinerungsfrage in Wiederbefragung vergleichen. Bei diesem Vergleich – und damit bei der Messung unserer abhängigen Variable – kann man freilich unterschiedliche Kriterien anlegen. So kann man sich etwa auf diejenigen Personen konzentrieren, die auf die Rückereinerungsfrage eine Entscheidung für eine Partei angeben. Man könnte aber auch jene einbeziehen, die eine Wahlenthaltung zu Protokoll geben. Schließlich besteht die Möglichkeit, auch diejenigen mit in die Analyse einzubinden, die bekennen, sie könnten sich nicht erinnern. Ähnliche Variationsmöglichkeiten bezüglich Nichtwahl und „Weiß nicht“-Angaben eröffnet die Messung der Wahlentscheidung 2005. Die Entscheidung für die eine oder andere Operationalisierung hat Implikationen für die inhaltlichen Ergebnisse. Bezieht man die „Weiß nicht“-Angaben ein, so wird der Anteil der Falschantworten steigen. Analysiert man hingegen nur Nennungen substantieller Wahlentscheidungen, sinkt der Anteil unzutreffender Angaben und resultiert ein positiveres Bild vom Erinnerungsvermögen der Befragten und der Qualität der Rückereinerungsfrage. In diesem Aufsatz entscheiden wir uns für die letzte Variante.

Als unabhängige Variablen greifen wir zunächst auf die zuvor diskutierten traditionellen Prädiktoren der Recallkorrektheit zurück, die auf der Ebene des Befragten liegen. So beziehen wir die formale Bildung ein, um kognitive Fähigkeiten abzubilden. Je höher gebildet ein Befragter ist, desto eher sollte er sich richtig erinnern können. Politisches Wissen berücksichtigen wir, da damit die Zugänglichkeit politischer Informationen im Langzeitgedächtnis erfasst werden kann. Dabei erlaubt es uns der vorliegende Datensatz, ein Item zum Bundestagswahlssystem und damit eine unmittelbar auf den Bereich des Wahlverhaltens bezogene Frage zu verwenden. Das subjektive Kompetenzgefühl, zu dem gegenläufige Hypothesen und Befunde vorliegen, wird mit einer Skala aus drei Items gemessen. Ferner berücksich-

¹ Wir möchten an dieser Stelle Steffen M. Kühnel dafür danken, dass er uns die Daten aus der von ihm durchgeführten Wiederbefragung unkompliziert und schnell direkt nach Abschluss der Erhebung zur Verfügung gestellt hat.

² Die Panelmortalität stellt potentiell ein erhebliches Problem für die Verallgemeinerbarkeit der nachfolgenden Analysen dar (etwa Schnell 1997). Allerdings sprechen weiterführende Analysen, die wir hier aus Platzgründen nicht darstellen können, nicht dafür, dass unsere Ergebnisse infolge von Panelmortalität verzerrt sind.

³ Damit gehen wir von der Annahme aus, dass das Wahlverhalten 2005 valide gemessen wurde. Diese Annahme muss nicht unbedingt zutreffen, kann mit den vorliegenden Daten jedoch nicht geprüft werden.

tigen wir das mittels einer Selbsteinschätzung gemessene politische Interesse der Befragten im Jahr 2008. Von hohem politischem Interesse erwarten wir, ebenso wie vom politischen Wissen, einen positiven Effekt auf die Recallgenauigkeit. Dies zum einen, weil hohes Interesse für einen Gegenstand dafür spricht, dass entsprechende Informationen im Langzeitgedächtnis leicht zugänglich sind. Zum anderen könnte Interesse - die zeitliche Stabilität des Merkmals vorausgesetzt - auch die subjektive Wichtigkeit der Wahlentscheidung 2005 abbilden.

Die Parteiidentifikation wird mit der klassischen Parteieigungsfrage und der Anschlussfrage zur Intensität der Parteieigung gemessen. Auf der einen Seite kann eine Parteibindung die politische Wahrnehmung und Informationsverarbeitung beeinträchtigen und damit die Wahrscheinlichkeit zutreffender Angaben zur Recallfrage reduzieren. Identifiziert sich der Befragte jedoch bei beiden Befragungszeitpunkten mit der gleichen Partei - was mit dem Konzept einer langfristigen Loyalität in Einklang steht - sieht es anders aus. Dann könnte die Parteibindung die Eindeutigkeit und subjektive Wichtigkeit der Wahlentscheidung gesteigert, und damit zu einer höheren Recallgenauigkeit beigetragen haben. Daher erwarten wir von einer starken Parteibindung insgesamt einen positiven Effekt auf die Recallqualität.

Neben den Befragtenmerkmalen beziehen wir auch Merkmale der Wahlentscheidung und Urteilsbildung ein. So möchten wir das Argument prüfen, ob eine zunehmende innere Distanz zur 2005 gewählten Partei Recallfehler begünstigt. Dazu beziehen wir eine Variable ein, die erfasst, ob der Befragte die gewählte Partei zum Zeitpunkt der zweiten Befragung 2007/2008 schlechter bewertet als zum Zeitpunkt der ersten Befragung 2005. Wir nehmen an, dass eine Verschlechterung der Bewertung Fehler begünstigt. Die (psychische) Eindeutigkeit der Wahlentscheidung erfassen wir mit einem Index, der sich aus zwei Komponenten zusammensetzt. Die erste Teilvariable bildet ab, ob der Befragte 2005 für die von ihm damals am besten bewertete Partei votierte. Die zweite Komponente erfasst, auf wie vielen von drei Gebieten der Befragte 2005 der gewählten Partei die größte Problemlösungskompetenz zuschrieb. Beide Variablen wurden auf einen von 0 bis 1 reichenden Wertebereich reskaliert und gleichgewichtig in einen Index mit dem Wertebereich 0 bis 1 integriert. Wir erwarten, dass Befragte, die nicht in allen Hinsichten die gewählte Partei vorzogen und daher ambivalente Eindrücke hatten, vergleichsweise große Probleme haben, die Rückerinnerungsfrage richtig zu beantworten.

Darüber hinaus beziehen wir eine Variable ein, die erfasst, ob der Befragte in der Midterm-Befragung auf die Sonntagsfrage diejenige Partei nannte, für die er bei der Bundestagswahl 2005 gestimmt hatte. Wir nehmen an, dass Wechselwähler überdurchschnittlich häufig unzutreffende Antworten geben.⁴ Schließlich verwenden wir eine Variable, die angibt, ob der Respondent bei der Wahl 2005 mit Erst-

⁴ Da wir Daten aus einer Midterm-Befragung verwenden, ist der Ausdruck Wechselwähler unpräzise. Es handelt sich um diejenigen, die - wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären - Wechselwähler wären.

und Zweitstimme für die gleiche Partei votierte. Unsere Hypothese lässt erwarten, dass eine gemischte Stimmabgabe die Recallgenauigkeit sinken lässt.

4. Empirische Befunde

Bei weitem nicht alle zur Mitte der Legislaturperiode wiederbefragten Personen gaben auf die Rückerinnerungsfrage eine Antwort, die mit ihrer Angabe aus dem Jahr 2005 übereinstimmt. Von denjenigen, die angaben, bei der Bundestagswahl 2005 eine bestimmte Partei gewählt zu haben, nannten 27 Prozent eine andere als die tatsächlich gewählte Partei (Tabelle 1).⁵ Im Ost-West-Vergleich liegt die westdeutsche Fehlerrate mit 27 Prozent etwas, aber nicht gravierend niedriger als bei den ostdeutschen Respondenten mit 30 Prozent. Etwas stärker ausgeprägt ist der innerdeutsche Unterschied, wenn man nur die 433 Personen betrachtet, die wir in die folgenden Analysen einbeziehen können, da sie auf allen unabhängigen Variablen gültige Werte aufweisen.

Tabelle 1: Anteil falscher R ckerinnerungsangaben (in Prozent)

	<i>Gesamt</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
Alle Fälle	27	27	30
N	515	337	178
Fälle in der multi- variaten Analyse	26	24	32
N	433	286	147
Zweitstimme 2005			
CDU/CSU	10	11	(7)
SPD	18	15	25
FDP	63	61	(70)
Grüne	49	42	(67)
Linkspartei	43	(60)	37

Anteilswerte, die auf weniger als 30 Fällen beruhen, sind eingeklammert.

Schlüsselt man die Ergebnisse weiter auf, wird deutlich, dass Unterschiede in der Häufigkeit falscher Angaben existieren, je nachdem, welche Partei 2005 tatsächlich gewählt wurde. Nur jeder zehnte Wähler von CDU oder CSU gab in der Wiederbefragung keine Unionspartei an. Anders sieht es bei den Wählern des Koalitionspartners SPD aus: Beinahe jeder fünfte SPD-Wähler machte eine unzu-

⁵ Da es sich bei der Ausgangsstichprobe um eine disproportional geschichtete Stichprobe handelt, wurden die Daten für gesamtdeutsche Analysen mit dem Ost-West-Gewicht gewichtet.

treffende Angabe, in den neuen Bundesländern ist es sogar vierte. Erheblich höher als bei den beiden großen Volksparteien liegen die Fehlerquoten bei den drei anderen Bundestagsparteien. Die FDP-Wähler gaben in beiden Landesteilen in mindestens sechs von zehn Fällen eine unzutreffende Auskunft. Für die Wähler der Grünen und der Linkspartei sind die Anteile falscher Angaben nur in jeweils einem Landesteil derart hoch – für die Grünen im Osten, für die Linkspartei im Westen.

Einige der Unterschiede zwischen den Parteien ließen sich im Sinne des einen oder anderen vorgestellten Arguments interpretieren. Beispielsweise finden sich unter den Wählern von Grünen und FDP traditionell viele Splittingwähler. Allerdings können solche Spekulationen auf der Aggregatebene lediglich empirische Muster plausibilisieren. Sie können jedoch nicht klären, ob die vorgestellten Argumente tatsächlich etwas dazu beitragen können, das Auftreten falscher Antworten auf die Recallfrage zu erklären. Zu diesem Zweck haben wir mehrere logistische Regressionsmodelle gerechnet. Zunächst wurden für die einzelnen Prädiktorengruppen, die sich zum einen auf den Befragten, zum anderen auf die Entscheidungssituation beziehen, getrennte Modelle aufgestellt (Tabelle 2). Im zweiten Schritt haben wir alle unabhängigen Variablen simultan in die Analyse einbezogen (Tabelle 3).

Die Ergebnisse bestätigen die insgesamt sehr geringe Erklärungskraft des einfachen wählerzentrierten Erklärungsmodells. Berücksichtigt man soziodemographische Merkmale, politisches Wissen und politisches Interesse, die subjektive politische Kompetenz und die Stärke der Parteibindung, resultieren korrigierte Pseudo-R²-Werte von weniger als 0,05. Für Ostdeutschland sinkt diese Maßzahl, die die Zahl der Prädiktoren kontrolliert, sogar auf einen Wert unter 0. Das Modell mit den entscheidungsbezogenen Merkmalen hat eine deutlich höhere Erklärungskraft. Das korrigierte Pseudo-R² nach McFadden steigt auf rund 0,30 an. Im Gesamtmodell, unter Berücksichtigung beider Merkmalsgruppen (Tabelle 3), ergibt sich ein korrigiertes Pseudo-R² nach McFadden von 0,28. Diese aggregierte Betrachtungsweise verstellt allerdings den Blick auf merkliche Unterschiede innerhalb der befragten- und entscheidungsbezogenen Prädiktoren. Daher sollen diese Faktoren nun im Einzelnen diskutiert werden.

Die soziodemographischen Merkmale leisten einen allenfalls kleinen Beitrag zur Erklärung von falschen Antworten auf die Rückerinnerungsfrage. Die formale Bildung bleibt in dem einfachen Befragtenmodell ohne Wirkung. Der Tendenz nach scheint eine hohe Bildung sogar die Wahrscheinlichkeit von Rückerinnerungsfehlern zu steigern. An der Wirkungslosigkeit ändert sich in der multivariaten Analyse unter Kontrolle der entscheidungszentrierten Merkmale nichts. Die formale Bildung erweist sich somit als eine Größe, die keinen Einfluss auf die Recallgenauigkeit bei der Midterm-Befragung 2007/08 hat.

Etwas anders verhält es sich mit dem Lebensalter der Befragten. In der gesamtdeutschen Analyse in Modell 1 sind sowohl für den linearen als auch den quadratischen Altersterm statistisch signifikante Koeffizienten ausgewiesen, allerdings mit entgegengesetzten Vorzeichen. Demnach nimmt die Wahrscheinlichkeit von Recallfehlern insgesamt zunächst mit dem Lebensalter zu, sinkt in späteren Phasen

des Lebenszyklus jedoch wieder leicht ab. Wie die regional disaggregierte Analyse zeigt, stimmt das westdeutsche Muster mit dem gesamtdeutschen weitgehend überein. Dagegen ist unter den Befragten aus den neuen Bundesländern kein Zusammenhang zwischen Lebensalter und Recallfehler zu erkennen. Wenn man jedoch im Gesamtmodell die übrigen Prädiktoren mit kontrolliert, geht vom Alter weder im Bund noch in den beiden Teilregionen ein merklicher Effekt auf die Genauigkeit der Rückereinerungsangaben aus. Daher dürfte es sich bei den skizzierten Alterseffekten um vermittelte Wirkungen handeln.

Das politische Kompetenzgefühl bleibt in der multivariaten Analyse ohne eigenständige Wirkung auf die Richtigkeit der Rückereinerungsantworten. Allerdings verliert dieses Merkmal nicht erst unter Kontrolle entscheidungsbezogener Einflussfaktoren seine Wirksamkeit, sondern zeigt bereits in Modell 1 keine echten Effekte. Nicht nur die subjektive, sondern auch die objektive politische Kompetenz bleibt in den Analysen ohne signifikanten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit richtiger Angaben zur Wahlentscheidung 2005. Interessanterweise deutet sich sogar in der Gesamtbetrachtung und in den alten Bundesländern ein leicht positiver Effekt politischen Wissens auf die Häufigkeit von Recallfehlern an. Dies ist umso bemerkenswerter, als in unseren Analysen politisches Wissen mit einem wahlbezogenen Indikator gemessen wird. Da ein inhaltlicher Bezug zwischen dem Wissensindikator und der Rückereinerungsfrage besteht, kann der Befund nicht unter Hinweis auf die Domänenspezifität politischen Wissens als Methodenartefakt erklärt werden. Jedoch bleibt zu prüfen, ob mit multiplen Indikatoren ein anderes Ergebnis resultierte.

Für das politische Interesse der Befragten zeigt sich bivariat (nicht tabellarisch ausgewiesen) ein signifikanter Zusammenhang mit der Recallgenauigkeit. Je höher das politische Interesse ist, desto unwahrscheinlicher werden falsche Antworten auf die Rückereinerungsfrage. In den neuen Bundesländern ist der bivariate Effekt, wie auch jener im wählerzentrierten Modell, auf die Häufigkeit fehlerhafter Antworten tendenziell positiv, wenngleich bei weitem von gängigen Grenzen statistischer Signifikanz entfernt. Dieser Befund erstaunt umso mehr, als in anderen vorliegenden Untersuchungen zu den neuen Bundesländern ein hohes politisches Interesse bivariat merklich die Wahrscheinlichkeit zutreffender Antworten auf die Rückereinerungsantworten steigert (Schoen 2000, 2009). In den alten Bundesländern ist hingegen ein den Erwartungen und Erfahrungen entsprechender Effekt erkennbar, der zumindest das 10-Prozent-Signifikanzniveau erreicht. Betrachtet man den Einfluss politischen Interesses jedoch unter Kontrolle der übrigen, entscheidungsbezogenen Prädiktoren, kann man allerdings beileibe nicht davon sprechen, dass politisches Interesse eigenständig auf die Recallgenauigkeit – sei es positiv, sei es negativ – wirke. Die bivariaten Effekte sind offenkundig durch andere Einflussfaktoren vermittelt.

Tabelle 2: Determinanten falscher Antworten auf die Rückerinnerungsfrage in der Wiederbefragung 2007/08 (bivariate logistische Regressionen)

	<i>Modell 1: Befragter</i>			<i>Modell 2: Entscheidung</i>		
	<i>Ges.</i>	<i>W</i>	<i>O</i>	<i>Ges.</i>	<i>W</i>	<i>O</i>
Alter	.14** (.05)	.20** (.06)	-.00 (.07)			
Alter quadriert	-.00** (.00)	.00** (.00)	.00 (.00)			
Bildung	.29 (.34)	.34 (.43)	.06 (.50)			
Kompetenz- gefühl	.28 (.66)	.46 (.84)	-.41 (.93)			
Politisches Wissen	.34 (.25)	.47 (.32)	-.07 (.39)			
Politisches Interesse	-.83 (.54)	-1.17# (.67)	.40 (.81)			
Partei- identifikation	-1.21** (.31)	-1.27** (.40)	-1.04* (.47)			
Schlechtere Parteibewertung				.34 (.29)	.48 (.36)	.08 (.48)
Überzeugungs- wahl				-1.18** (.43)	-1.00# (.53)	-1.78** (.63)
Stimmen- splitting				1.50** (.32)	1.71** (.38)	.84 (.51)
Wechselwahl				1.82** (.30)	1.75** (.37)	1.96** (.47)
Konstante	-3.71** (1.37)	-5.13** (1.76)	-.12 (2.06)	-1.97** (.37)	-2.29** (.49)	-1.09* (.47)
N	433	286	147	433	286	147
Korr. Pseudo-R ²	.03	.04	-.08	.30	.30	.24

Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveaus: #: $p < 0.1$, *: $p < 0.05$, **: $p < 0.01$.
Operationalisierung: siehe Anhang.

Die Parteidentifikation erweist sich in Modell 1 sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern als gleichermaßen prägekräftige Variable. Eine intensive Parteibindung steigert offenbar die Wahrscheinlichkeit richtiger Antworten auf die Recallfrage. Während Westdeutsche ohne Parteibindung zu 45 Prozent die Rückerinnerungsfrage falsch beantworteten, entschieden sich von den Parteianhängern mit einer starken Parteiloyalität nur zu 18 Prozent für eine unzutreffende Angabe.⁶ In den neuen Bundesländern sinkt die Wahrscheinlichkeit von Falschantworten von 46 Prozent auf 23 Prozent, wenn man sich von Parteilosen zu überzeugten Parteianhängern bewegt. Wie sich den in Tabelle 3 zusammengestellten Ergebnissen

⁶ Die übrigen in Modell enthaltenen Merkmale wurden auf Modus, Median bzw. arithmetisches Mittel gesetzt.

entnehmen lässt, verliert das Merkmal jedoch seine eigenständige Wirkung, wenn man die entscheidungsbezogenen Merkmale in die Analysen einbezieht. Die Parteiidentifikation scheint somit indirekt auf die Recallrichtigkeit zu wirken, indem sie Einfluss auf Prozesse der Urteilsbildung und Wahlentscheidung nimmt.

Betrachten wir nun die entscheidungsbezogenen Merkmale genauer. Wir beginnen mit Veränderungen in der Bewertung der 2005 gewählten Partei. Bivariate Analysen zeigen, dass eine schlechtere Bewertung die Wahrscheinlichkeit einer falschen Recallangabe erhöht. Dieses Muster steht in Einklang mit der Annahme, dass falsche Antworten auf die Rück Erinnerungsfrage nicht nur mit kognitiven Schwächen zusammenhängen, sondern auch von politischen Wertungen beeinflusst werden. Mit anderen Worten: Bürger, die sich – bildlich gesprochen – von der zunächst gewählten Partei distanzieren, scheinen sich nicht gerne zu ihrem früheren Votum zu bekennen. Sobald man die übrigen entscheidungsbezogenen Prädiktoren kontrolliert, erreichen die Effekte der Parteebewertung in allen Analysen allerdings nicht mehr konventionelle Signifikanzniveaus. Auch hier scheinen somit vermittelte Effekte vorzuliegen.⁷

Einen erheblichen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, die Recallfrage richtig zu beantworten, hat die (psychische) Eindeutigkeit der ursprünglichen Wahlentscheidung. Zur Erinnerung: Diese Eindeutigkeit wird über zwei Teilindizes gemessen: Die Eindeutigkeit der Parteipräferenz und die zugeschriebene Lösungskompetenz. In der bivariaten Betrachtung gab ein Respondent, der nicht für die von ihm am besten bewertete Partei stimmte und der gewählten Partei nicht zumindest bei einem der drei wichtigsten politischen Probleme Lösungskompetenz zuschrieb, zu rund 56 Prozent eine unzutreffende Antwort auf die Rück Erinnerungsfrage. Entschied sich eine Person bei der Befragung 2005 hingegen für die Partei mit dem höchsten Skalometerwert und sah diese auch als am kompetentesten an, die drei wichtigsten Probleme zu lösen, sank die Wahrscheinlichkeit einer falschen Antwort auf weniger als zehn Prozent. Dieser Befund gilt in beiden Landesteilen in ähnlichem Ausmaß. Zudem bleibt der negative Effekt der Eindeutigkeit der Wahlentscheidung auch unter Kontrolle der übrigen Prädiktoren bestehen. Eine Wahl aus Überzeugung begünstigt, wie in Tabelle 3 zu sehen, die Erinnerung an die Wahlentscheidung. Zugleich sind diese Effekte deutlich schwächer als im bivariaten Fall.

⁷ Zu substantiell identischen Befunden führen Analysen mit zwei alternativen Indikatoren. Berücksichtigt man auch das Ausmaß der Verschlechterung in der Parteebewertung, resultieren – erwartungsgemäß – größere Koeffizienten, die jedoch im multivariaten Modell gängige Signifikanzniveaus weit verfehlen. Verwendet man einen Wechsel in der Parteipräferenz als Indikator treten in Ostdeutschland stärkere bivariate Einflüsse auf als in Westdeutschland. Auch diese Effekte verschwinden jedoch in der multivariaten Betrachtung.

Tabelle 3: Determinanten falscher Antworten auf die Rückerinnerungsfrage in der Wiederbefragung 2007/08 (logistische Regressionen)

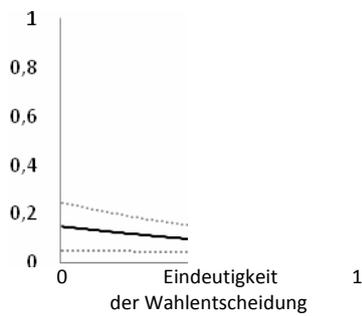
	<i>Gesamt</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
Alter	.07 (.07)	.12 (.09)	-.06 (.09)
Alter quadriert	-.00 (.00)	-.00 (.00)	.00 (.00)
Bildung	-.15 (.42)	-.08 (.54)	-.71 (.69)
Kompetenzgefühl	.65 (.86)	.99 (1.14)	-.73 (1.15)
Politisches Wissen	.39 (.31)	.58 (.39)	-.18 (.51)
Politisches Interesse	-.63 (.68)	-.90 (.85)	.84 (1.01)
Parteiidentifikation	-.58 (.39)	-.72 (.48)	.08 (.67)
Schlechtere Partei- bewertung	.32 (.29)	.47 (.36)	.20 (.52)
Überzeugungswahl	-1.10* (.44)	-.97# (.55)	-2.10** (.74)
Stimmensplitting	1.45** (.32)	1.62** (.39)	.92# (.54)
Wechselwahl	1.82** (.31)	1.78** (.40)	1.94** (.50)
Konstante	-3.74* (1.79)	-5.32* (2.36)	1.13 (2.71)
Korr. Pseudo-R ²	0.28	0.28	0.18
N	433	286	147

Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveaus: #: $p < 0.1$, *: $p < 0.05$, **: $p < 0.01$.
Operationalisierungen: siehe Anhang.

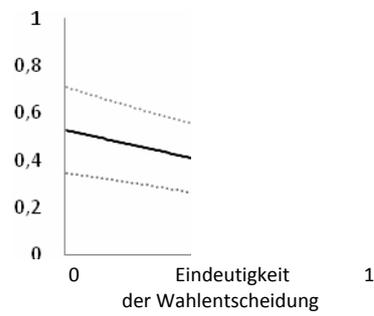
Abbildung 1 visualisiert die Zusammenhänge. Dort ist die Wahrscheinlichkeit falscher Rückerinnerungsangaben in Abhängigkeit der Eindeutigkeit der Wahlentscheidung 2005 abgetragen. Die Wahrscheinlichkeiten wurden aus dem gesamtdeutschen Modell in Tabelle 3 berechnet. Alle übrigen Prädiktoren werden dabei kontrolliert, indem wir Personen betrachten, die auf diesen Variablen auf dem Modus, dem Median bzw. dem arithmetischen Mittel liegen. Zwischen den einzelnen Quadranten (a) bis (d) variieren die Merkmale Stimmensplitting und Wechselwahl.

Abbildung 1: Wahrscheinlichkeit falscher Rückereinerungsangaben abhängig von einer Überzeugungswahl (Punktschätzung mit 95-Prozent-Konfidenzintervall)

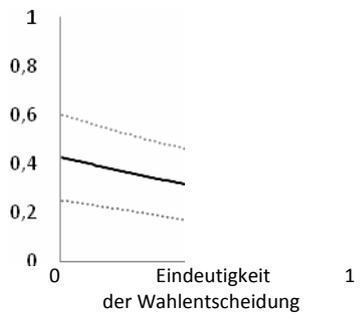
(a) Kein Splitting, kein Wechseln



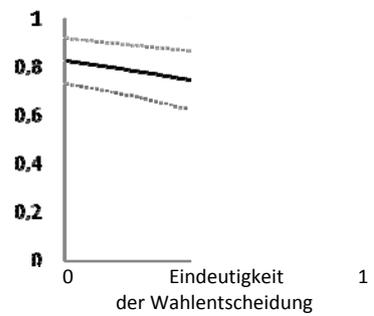
(b) Kein Splitting, Wechseln



(c) Splitting, kein Wechseln



(d) Splitting, Wechseln



In Abbildung 1(b) betrachten wir beispielsweise Personen, die 2005 nicht split-ten, aber in der Midterm-Befragung eine andere Partei zu wählen beabsichtigten als noch 2005. Bei ihnen nimmt die Wahrscheinlichkeit falscher Recallangaben mit zunehmender Eindeutigkeit der Wahlentscheidung⁸ von über 50 Prozent auf etwa

⁸ Das bedeutet in diesem Fall, dass man sich von Personen, die der gewählten Partei weder Sachkompe-tenz zuschrieben, noch sie besser bewerteten als die konkurrierenden Parteien, hin zu Befragten bewegt.

30 Prozent ab. Allerdings ist dieser Effekt unter Berücksichtigung des 95-Prozent-Konfidenzintervalls nicht statistisch signifikant.

Als erheblich einflussreicher als die Eindeutigkeit der Wahlentscheidung erweist sich das Merkmal „Wechsel der Wahlentscheidung“. Darauf weisen die Koeffizienten in beiden Tabellen hin. Besonders anschaulich werden die Wirkungen in den Abbildungen. Um festzustellen, wie die Wechselwahl bei denjenigen wirkt, die Erst- und Zweitstimme nicht splitteten, vergleicht man die Wahrscheinlichkeiten in Abbildung 1(a) und (b). Demnach geben Wechsler, deren Wahlentscheidung 2005 wenig eindeutig war und die bei dieser Wahl nicht splitteten, zu gut 50 Prozent eine falsche Rückerinnerungsantwort. Nichtwechsler antworten in der gleichen Situation hingegen nur zu etwa 15 Prozent fehlerhaft. Aber auch bei denjenigen, die 2005 ihre Stimme gesplittet haben, entfaltet die Wechselwahl eine eigenständige Wirkung (Abbildung 1(c) und (d)). In diesem Fall beantworteten Wechsler, die 2005 keine andere Partei in Betracht gezogen hatten, die Rückerinnerungsfrage zu etwa 60 Prozent falsch. Befragte, die in der Midterm-Befragung keine andere Wahlentscheidung als 2005 angaben, irrten hingegen nur zu 20 Prozent. Diese Differenzen sind selbst bei den vergleichsweise niedrigen Fallzahlen in unseren Analysen unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers von Null verschieden.

Wie schneidet schließlich das Stimmensplitting als Einflussgröße ab? Die bivariate Analyse spricht ähnlich wie das rein entscheidungsbezogene Modell 2 für deutliche Effekte (Tabelle 2). Auch in der multivariaten Gesamtanalyse resultieren in beiden Landesteilen wie auch in der gesamtdeutschen Betrachtung statistisch signifikante Koeffizienten (Tabelle 3). Bei denjenigen Personen, die ihre Stimmen auf zwei Parteien verteilten, ist die Wahrscheinlichkeit von Falschangaben höher. Um schließlich in der graphischen Analyse die Wirkung des Splittings bei der Wahl 2005 zu untersuchen, vergleichen wir Abbildung 1 (a) und (c) bzw. Abbildung 1 (b) und (d). Der erste Vergleich zeigt, dass Personen, die 2005 zwar wenig überzeugt für die gewählte Partei stimmten, aber nicht splitteten und bis zur Wiederbefragung die Wahlabsicht nicht änderten, etwa 15 Prozent die Rückerinnerungsfrage falsch beantworteten. Befragte mit sonst identischen Variablenausprägungen, die jedoch 2005 splitteten, machten zu über 40 Prozent falsche Angaben. Hier lässt sich eine deutliche Zunahme der Fehlerwahrscheinlichkeit erkennen. Betrachten wir 2005 wenig überzeugte Wähler, die ebenfalls bei der Bundestagswahl nicht splitteten, jedoch bis zur Midterm-Befragung ihre Wahlabsicht änderten, finden wir rund 50 Prozent falscher Rückerinnerungsantworten. Splitteten diese wenig überzeugten Wechsler liegt die Wahrscheinlichkeit einer falschen Antwort sogar bei über 80 Prozent. Wie ein sehr genauer Blick zeigt, überlappen sich die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, wenn man sich denjenigen Personen nähert, die 2005 eindeutig aufgrund von Präferenz und Kompetenzzuschreibung eine bestimmte Partei wählten. Angesichts der niedrigen Fallzahlen sollten diese Überschneidungen jedoch nicht überbetont werden. Daher spricht die Analyse

die 2005 keine andere Partei aufgrund von Präferenzen oder Problemlösungskompetenz in Erwägung zogen.

dafür, dass Stimmensplitting die Qualität der Antworten auf die Rück Erinnerungsfrage beeinträchtigt.

5. Schluss

In unserer Analyse untersuchten wir die Validität von Antworten auf die Rück Erinnerungsfrage in sozialwissenschaftlichen Erhebungen, am Beispiel der Wahlrück Erinnerung. Eine Wiederbefragung von zuvor zu Wahlen und politischen Einstellungen befragten Personen in der Mitte der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat gezeigt, dass diese Frage keineswegs von allen Respondenten konsistent beantwortet wird. Selbst wenn man nur Personen betrachtet, die auf die Recallfrage eine Partei nennen, stellt sich heraus, dass von den befragten West- und Ostdeutschen mindestens ein Viertel nicht gleiche Partei die angaben, wie in der Befragung zuvor. Die Analyse bestätigte somit erhebliche Zweifel an der Validität der Rück Erinnerungsfrage.

Daher untersuchten wir im zweiten Schritt, wovon es abhängt, ob eine Person die Recallfrage zutreffend beantwortet. Soziodemographische Merkmale wie auch eine Reihe von politischen Orientierungen erwiesen sich als weitgehend wirkungslos. Merkmale, die auf politische Urteilsprozesse und die Situation der Wahlentscheidung bezogen sind, trugen wesentlich mehr zur Erklärung bei. Hat beim Befragten die Partei, für die er sich 2005 entschieden hatte, an Ansehen verloren, steigert dies leicht die Wahrscheinlichkeit, die Recallfrage falsch zu beantworten. Merkwürdig ist jedoch die Frage, wie eindeutig die Wahlentscheidung bei der zurückliegenden Wahl zugunsten der ausgewählten Partei ausfiel. Von Personen, die keine andere Partei in Erwägung zogen, sind bessere Recallantworten zu erwarten als von solchen, die zwar für eine Partei votieren, dieser jedoch nichts zutrauen oder eigentlich andere Parteien präferieren. Dieses Muster ist vor allem in Ostdeutschland vergleichsweise stark ausgeprägt. Der Tendenz nach gilt dies auch für den stärksten Einflussfaktor, die Wechselwahl: Personen, die im Interview in der Mitte der Legislaturperiode eine andere Partei wählen wollten als diejenige, für die sie 2005 gestimmt hatten, machten überproportional häufig falsche Angaben. Daneben konnten wir zeigen, dass die Möglichkeiten, die das deutsche Zweistimmenwahlsystem eröffnen, ebenfalls zu Rück Erinnerungsproblemen beitragen. Diejenigen Befragten, welche 2005 Erst- und Zweitstimme derselben Partei gegeben hatten, konnten gut zwei Jahre später die Rück Erinnerungsfrage erheblich häufiger richtig beantworten, als Personen, die ihre Stimmen gesplittet hatten.

Bei der Würdigung dieser Befunde ist zu berücksichtigen, dass sie auf Analysen einer speziellen Datenbasis beruhen. Es wurden Daten aus einer Wiederbefragung mit einem Moduswechsel von persönlich-mündlichen hin zu telefonischen Interviews verwendet. Zudem ist die Stichprobe infolge von Panelmortalität stark geschrumpft. Darüber hinaus wurden die Daten in der Mitte der Legislaturperiode während einer großen Koalition erhoben, die in der bundesdeutschen Geschichte

bislang die Ausnahme darstellt. Nicht zuletzt deshalb, weil unsere Ergebnisse in vielen Hinsichten die Befunde früherer Analysen bestätigen, scheint die Datenbasis jedoch keine außergewöhnlichen Verzerrungen aufzuweisen. Aus diesem Grund erscheint es uns auch plausibel, den hier erstmals nachgewiesenen Splittingeffekt nicht als Methodenartefakt zu betrachten.

Unsere Befunde deuten darauf hin, dass die Ursachen für die Validitätsdefizite der Rückerinnerungsfrage weniger in (stabilen) Merkmalen der Befragten zu suchen sind. Eher scheinen die Gründe in der konkreten Situation der Wahlentscheidung und der politischen Urteilsbildung zu liegen. Dieses Ergebnis legt verschiedene Schlussfolgerungen nahe. Erstens können die in gängigen Querschnittbefragungen erhobenen Informationen kaum dazu beitragen, diejenigen Personen zu identifizieren, die auf die Recallfrage fehlerhaft antworten. Wie wir gesehen haben, sind dazu Informationen über die in der Vergangenheit liegende Entscheidung wesentlich besser geeignet. Sie lassen sich jedoch nur mit aufwendigen Wiederholungsbefragungen gewinnen. Diese lassen es jedoch entbehrlich erscheinen, auf die Recallfrage zurückzugreifen, um das frühere Wahlverhalten zu messen, da Originalangaben über das frühere Wahlverhalten vorliegen. Überspitzt formuliert scheint die Rückerinnerungsfrage dann besonders problematisch, wenn sie besonders nützlich sein könnte. Zweitens bedeuten die Befunde, dass die Güte der Recallantworten einer Person über die Zeit, von Wahl zu Wahl, möglicherweise von Umfrage zu Umfrage variieren kann. Der Fehler ist also als eine Variable und nicht als Konstante anzusehen. Dieser Umstand sorgt dafür, dass ein Korrekturverfahren, das etwa auf der Grundlage einer Validierungsanalyse entwickelt werden könnte, nicht unbedingt zum Ziel führen muss, wenn es auf eine andere Umfrage angewandt wird. Im schlimmsten Fall könnten sich die Verzerrungen sogar noch vergrößern. Drittens schließlich sprechen etliche Anhaltspunkte dafür, dass die Phänomene, die nach unserer Analyse unzutreffende Antworten auf die Rückerinnerungsfrage besonders deutlich begünstigen und zugleich mit Querschnitterhebungen nicht zu erfassen sind, in der jüngeren Vergangenheit häufiger geworden sind. So lassen sich in der Bundesrepublik etwa wechselndes Wahlverhalten, Schwankungen in den politischen Präferenzen, kurzfristige und wenig dezidierte Wahlentscheidungen sowie Stimmensplitting heutzutage öfter vorzufinden als in früheren Jahrzehnten (Weßels 2007). Da im Moment wenig auf eine Umkehr dieser Trends in der politischen Urteilsbildung hindeutet, ist nicht anzunehmen, dass sich das Problem in absehbarer gewissermaßen von selbst entschärft wird. Jürgen Falter's Rat, mit der Rückerinnerungsfrage sorgfältig und methodenkritisch umzugehen, hat also nichts von seiner Berechtigung eingebüßt – und sollte auch in Zukunft in der empirischen Wahlforschung beherzigt werden.

Literatur

- Anderson, Christopher J./Mendes, Silvia M., 2005: Learning to Loose: Election Outcomes, Democratic Experience and Political Protest Potential. In: *British Journal of Political Science* 36, 91-111.
- Converse, Philip E., 1962: Information Flow and the Stability of Partisan Attitudes. In: *Public Opinion Quarterly* 26, 578-599.
- Couper, Mick P., 1997: Survey introductions and data quality. In: *Public Opinion Quarterly* 61, 317-338.
- Erhardt, Klaudia, 1998: Die unentschlossenen Wähler als Motor zyklischer Wahlabsichtsverläufe. Eine Unterstützung am Beispiel der Rückgewinnung der Wähler durch die CDU im Frühjahr 1994. In: Dörner, Christine/Erhardt, Klaudia (Hrsg.), *Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum „Superwahljahr“ 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 15-118.
- Falter, Jürgen W. (unter Mitarbeit von Markus Klein), 1994: *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*. München: C.H.Beck.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald, 2000: Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand?, in: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hrsg.), *Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 13-33.
- Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen, 1992: *Wahlverhalten und Wahlforschung (Band 3-2 von: von Alemann, Ulrich/Loss, Kay/Vowe, Gerhard (Hrsg.), Fernstudieneinheit „Politik“)*. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Festinger, Leon, 1957: *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford: Stanford University Press.
- Gigerenzer, Gerd/Todd, Peter M./ABC Group, 1999: *Simple Heuristics that Make Us Smart*. New York: Oxford University Press.
- Hansen, Jochen, 1982: *Das Panel. Zur Analyse von Verhaltens- und Einstellungswandel*. Opladen.
- Hilmer, Richard/Kunert, Michael, 2005: Wählerwanderung: Das Modell von Infratest dimap. In: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 134-156.
- Himmelweit, Hilde T./Jaeger, Marianne/Stockdale, Janet, 1978: Memory for Past Vote: Implications of a Study of Bias in Recall, in: *British Journal of Political Science* 8, 365-375.
- Juhász, Zoltán, 1993: Wahlabsicht und Rückereinerung – zwei Angaben zur aktuellen Bewertung der politischen Parteien? In: Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.): *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 27-50.
- Kaase, Max, 1965: Analyse der Wechselwähler in der Bundesrepublik. In: Scheuch, Erwin K./Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): *Zur Soziologie der Wahl. Sonderheft 9 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 113-125.
- Kahneman, Daniel/Tversky, Amos, 1979: Prospect Theory. An Analysis of Decision Making Under Risk. In: *Econometrica* 47, 263-291.
- Kalton Graham/Kasprzyk, Daniel/McMillen, Davis B., 1989: Nonsampling Errors in Panel Surveys. In: Kasprzyk, Daniel/Duncan, Greg J./Kalton Graham/Singh, M.P. (Hrsg.): *Panel Surveys*. New York: John Wiley, 249-270.

- Kaspar, Hanna, 2009: Panelpflege, Panelmortalität und Konvertierung im Panel. In: Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.), *Methodische Fragen der Einstellungs- und Wahlforschung*, Baden-Baden: Nomos (in Vorbereitung).
- Kühnel, Steffen, 1998: Ist Politikverdrossenheit eine notwendige Bedingung für die Wahl der Republikaner? In: *ZA-Information* 42, 98-115.
- Kunda, Ziva, 1990: The case for motivated reasoning. In: *Psychological Bulletin* 108 (3), 480-498.
- Lodge, Milton/Taber, Charles S., 2005: The Automaticity of Affect for Political Leaders, Groups, and Issues: An Experimental Test of the Hot Cognition Hypothesis. In: *Political Psychology* 26, 455-482.
- Noelle-Neumann, Elisabeth und Thomas Petersen, 2005: *Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie*, 4., überarb. und akt. Auflage, Berlin: Springer.
- Powers, Edward A., Willis J. Goudy und Pat M. Keith, 1978: Congruence Between Panel and Recall Data in Longitudinal Research, *Public Opinion Quarterly* 42: 380-389.
- Roth, Dieter, 2008: *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schnell, Rainer, 1997: *Nonresponse in Bevölkerungsumfragen*, Opladen: Leske und Budrich.
- Schoen, Harald, 2000: Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich, in: van Deth, Jan/Rattinger, Hans/Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*, Opladen: Leske und Budrich, 199-226.
- Schoen, Harald, 2003: *Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schoen, Harald, 2009: Wenn ich mich recht erinnere ... Eine Analyse zur Recallfrage, in: Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.), *Methodische Fragen der Einstellungs- und Wahlforschung*, Baden-Baden: Nomos (in Vorbereitung).
- Stöss, Richard (1997): *Stabilität im Umbruch*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Taber, Charles S./Lodge, Milton, 2006: Motivated Skepticism in the Evaluation of Political Beliefs. In: *American Journal of Political Science* 50, 755-769.
- Tourangeau, Roger/Rips, Lance J./Rasinski, Kenneth, 2000: *The Psychology of Survey Response*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- van der Eijk, Cees/Niemöller, Broer, 1979: Recall Accuracy and its Determinants, in: *Acta Politica* 14, 289-342.
- van der Eijk, Cees/Niemöller, Broer, 1983: *Electoral Change in the Netherlands. Empirical results and methods of measurement*. Amsterdam: CT Press.
- Waldahl, Ragnar/Aardal, Bernt Olav, 1982: Can We Trust Recall-Data?, in: *Scandinavian Political Studies* 5, 101-116.
- Waldahl, Ragnar/Aardal, Bernt Olav, 2000: The Accuracy of Recalled Previous Voting: Evidence from Norwegian Election Study Panels, in: *Scandinavian Political Studies* 23, 373-389.
- Weir, Blair T., 1975: The Distortion of Voter Recall. In: *American Journal of Political Science* 19, 53-62.
- Weßels, Bernhard, 2007: Re-Mobilisierung, "Floating" oder Abwanderung? Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich. In: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 395-419.
- Zelle, Carsten 1994: Steigt die Zahl der Wechselwähler? Trends des Wahlverhaltens und der Parteiidentifikation. In: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang

(Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland. Frankfurt/Main: Peter Lang, 47-92.
Zelle, Carsten 1995: Der Wechselwähler. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Anhang

Operationalisierungen:

Alter: metrisch;

Bildung: 0: höchstens Hauptschulabschluss; 0,5: mittlere Reife; 1: mindestens Fachhochschulreife;

Kompetenzgefühl: 0-1-Index aus den Antworten auf die Bewertungen der folgenden drei Aussagen: „Im Allgemeinen weiß ich recht viel über Politik.“, „Politische Fragen sind für mich oft schwer zu verstehen.“, „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ (Cronbachs $\alpha = 0,60$);

politisches Wissen: 0: falsche Antwort auf die Frage nach der Bedeutung von Erst- und Zweitstimme oder „weiß nicht“; 1: richtige Antwort;

politisches Interesse: Selbsteinstufung auf einer fünfstufigen Skala (0: überhaupt kein Interesse; 1: sehr starkes Interesse);

Parteiidentifikation: 0: keine Parteiidentifikation; 0,5: (sehr) schwache oder mittelmäßige Parteiidentifikation; 1: (sehr) starke Parteiidentifikation;

Schlechtere Parteibewertung: 0: die 2005 gewählte Partei erhält in der Midtermbefragung auf einem elfstufigen Skalometer eine mindestens ebensogute Bewertung wie in der Befragung 2005; 1: die 2005 gewählte Partei wird in der Wiederbefragung schlechter bewertet als 2005;

Überzeugungswahl: Index aus zwei Komponenten: (a) Stimmabgabe 2005 für die Partei mit dem höchsten Skalometerwert, (b) Nennungen der 2005 gewählten Partei als kompetenteste zur Lösung der drei wichtigsten politischen Probleme. (a) und (b) wurden auf den Wertebereich 0-1 reskaliert und gleichgewichtig in einen Index mit dem Wertebereich 0-1 integriert;

Stimmensplitting: 0: Erst- und Zweitstimme 2005 wurden für dieselbe Partei abgegeben; 1: Erst- und Zweitstimme 2005 wurden an unterschiedliche Parteien vergeben;

Wechselwahl: 0: Wahlabsicht in der Wiederbefragung ist identisch mit der Zweitstimmenentscheidung 2005; 1: Wahlabsicht in der Wiederbefragung weicht von der Zweitstimmenentscheidung 2005 ab.